

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846-48 pbbn d

Inhalt

Ilse Reichel, Berliner
Jugendsenatorin, ruft
angesichts des Jahres
des Kindes zu mehr part-
nerschaftlichem Verhal-
ten zwischen den Gene-
rationen auf.

Seite 1-3

Axel Wernitz MdB, Vor-
sitzender des Bundes-
tags-Innenausschusses,
kritisiert die Europa-
Kandidatur Habsburgs.

Seite 4/5

Hansmartin Simpfendorfer
MdB spricht sich für
eine gerechtere Agrar-
besteuerung aus.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 23

1. Februar 1979

Wir brauchen ein neues Rollenverhalten

Betrachtungen zum Jahr des Kindes

Von Ilse Reichel
Berliner Senatorin für Familie, Jugend und Sport

Zu Beginn des Internationalen Jahres des Kindes ist wieder viel von der "Kinderfeindlichkeit" in unserem Land die Rede. Damit meinen viele die Gleichgültigkeit oder sogar Gewalttätigkeit von Erwachsenen gegenüber Kindern. Sie meinen, die scheinbar so gegenteiligen Bedürfnisse von alten Menschen und Kindern und die Art unserer großstädtischen Umwelt, die für die Entfaltung kindlicher Bedürfnisse zunehmend weniger Raum läßt. Sie meinen meist auch, daß die politisch Verantwortlichen, die Regierungen auf den verschiedenen Ebenen, nicht genug für eine kinderfreundliche Politik tun.

Ich meine, daß man es sich mit dem Schlagwort von der "Kinderfeindlichkeit" zu leicht macht, weil damit zumindest unterschwellig unterstellt wird, daß sich die Erwachsenen allesamt kinderfreundlicher verhalten könnten, wenn sie das nur wollten. Die Erwachsenen, vielfach auch die Eltern der Kinder, werden in eine Art Sündenbockrolle geschoben. Ihnen wird eine egoistische, materialistische Haltung vorgeworfen. Und das sei auch, so meinen viele, ein Grund für die in allen Industrieländern in den letzten Jahren rapide gesunkene Geburtenrate.

Diese eher moralische Betrachtungsweise läßt außer Acht, daß die Erwachsenenwelt in unserer Gesellschaft eine Welt ist,

die mittlerweile von der Kinderwelt fast völlig getrennt ist. Erwachsene in unserer Gesellschaft arbeiten in der Regel an Plätzen, die den Kindern nicht zugänglich sind und von denen Kinder deshalb meist nur sehr unklare Vorstellungen haben. Am Arbeitsplatz wird von den Erwachsenen selbstverständlich ein voller Einsatz erwartet, und wenn man auf der Stufenleiter gesellschaftlicher Anerkennung aufsteigen will, meist noch ein Einsatz, der über das tarifliche Soll hinausgeht. Enttäuschungen, Ärger und Streß, den Erwachsene an ihren Arbeitsplätzen erleiden, sind für Kinder kaum nachvollziehbar - es sei denn in der Rolle von Opfern, wenn Erwachsene ihren Ärger an ihnen abreagieren. Wenn Erwachsene zuhause bleiben, um z.B. ihre kranken Kinder zu pflegen oder wenn sie sich gar für längere Zeit beurlauben lassen, um sich ihren kleinen Kindern zu widmen, werden sie dafür an ihrem Arbeitsplatz in der Regel nur bestraft. In diesem Sinne schrieb mir zu Beginn dieses Jahres eine Mutter von drei Kindern. Sie beklagte sich bitter darüber, daß sie nun, nachdem sie wegen ihrer Kinder mehrere Jahre zuhause geblieben ist, an ihrem Arbeitsplatz wieder ganz von vorne anfangen muß - auch in der tariflichen Einstufung. Ihr geschiedener Ehemann hat dagegen in ununterbrochener Berufstätigkeit inzwischen Beförderungen und ein entsprechend höheres Einkommen erreicht. Das ist die Realität der Erwachsenenwelt.

Und wie ist die Realität der Kinderwelt? Kinder werden zum Erlernen ihrer späteren Aufgaben als Erwachsene auf Spielplätze, in den Kindergarten, in die Schule und später in weitere Ausbildungsstätten geschickt. In diesen Einrichtungen sind die Kinder weitgehend unter sich, in Kinderwelten, die eigens dafür errichtet werden und meist noch nach dem Alter der Kinder aufgeteilt sind. Die wenigen Erwachsenen in diesen Einrichtungen sollen sich den Kindern gegenüber "pädagogisch" verhalten, d.h. Spontaneität oder besondere Zuneigung zu einzelnen Kindern werden in diesen Kinderwelten eigentlich als unvereinbar angesehen mit der beruflichen Rolle, und sie sind meist auch schon wegen des zahlenmäßigen Mißverhältnisses zwischen Erwachsenen und Kindern kaum möglich. Ebenso wie die Erwachsenenwelt entwickeln diese Kinderwelten ihre eigenen Regeln und Gesetzmäßigkeiten, die den außenstehenden Erwachsenen, allen voran den Eltern, weitgehend fremd bleiben. Am deutlichsten wird das heute am Beispiel der Schule in der Rückwirkung auf die Familie.

In der vorindustriellen Gesellschaft war die Kindheit insgesamt sehr viel kürzer, und das Lernen der Kinder vollzog sich gewissermaßen organisch in der von den Kindern miterlebten Praxis der Erwachsenen. Eine der heutigen Zeit vergleichbare Aufteilung in Erwachsenen- und Kinderwelten gab es damals nicht. Nun bin ich weit davon entfernt zu glauben, daß die Wiederherstellung dieser früheren gesellschaftlichen Zu-

stände möglich oder auch wünschenswert wäre. Die Trennung von Familienaufgaben einerseits und Arbeitswelt andererseits ist in Industriegesellschaften so unvermeidbar, wie die Tatsache, daß Kinder heute nicht mehr alles, was sie für ihre Aufgaben als Erwachsene wissen müssen, in der Familie lernen können. Denkbar wäre aber eine teilweise Neubewertung von Erwachsenenrollen in unserer Gesellschaft in der Weise, daß Erwachsene mehr Zeit für Kinder haben. Dies scheint mir in unserer Gesellschaft vorrangig. Nichts anderes kann auch in unseren Breitengraden mit dem Symbol der Vereinten Nationen zum Jahr des Kindes gemeint sein, in dem ein Kind seine Arme nach einem Erwachsenen ausstreckt, und er umfängt es mit seinen Armen.

Eine zumindest teilweise Neubewertung von Erwachsenenrollen in unserer Gesellschaft bedeutet aber vor allem eine Veränderung der männlichen Rolle, die im Arbeits- und Wirtschaftsleben immer noch die bestimmende ist. Das bedeutet konkret, daß Männer, die sich um ihre kleinen Kinder kümmern, in unserer Gesellschaft nicht mehr belächelt werden dürften, wie das leider noch vorkommt. Das bedeutet auch, daß es nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer selbstverständlich werden sollte, zugunsten ihrer Kinder Einschränkungen ihrer beruflichen und sonstigen gesellschaftlichen Tätigkeiten auf sich zu nehmen. Und das bedeutet letztlich, daß längerfristig eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für alle - Männer und Frauen - erreicht werden muß, damit Eltern Zeit haben, sich um ihre Kinder zu kümmern.

Welch' weiten Weg wir in dieser Beziehung noch zu gehen haben, wird deutlich, wenn man sich vorstellt, daß ein leitender Beamter vielleicht sogar ein Staatssekretär, bei seinem Minister einen Antrag auf Beurlaubung stellen könnte, weil seine Frau gerade mit Wahlkampf beschäftigt ist und er deshalb sein Kleinkind zuhause versorgen will. Von den Gesetzen her ist das heute für Beamte sogar schon möglich, aber wie würde die Reaktion des Ministers aussehen und wie die der Freunde und Bekannten? An die öffentliche Resonanz auf ein solch "exotisches" Verhalten möchte ich gar nicht denken. Erst wenn sich ein gesellschaftliches Klima durchgesetzt hat, in dem solche Anträge selbstverständlich sind und mit Gelassenheit hingenommen werden, werden wir sicher sein können, daß Männer auch in ihren beruflichen Aufgaben, z.B. in der Stadt- und Verkehrsplanung und in der Wohnungsbauplanung die Bedürfnisse und Interessen der Kinder an die erste Stelle setzen. Wenn uns das Jahr des Kindes auf diesem Wege auch nur ein kleines Stück weiterbringt, wird es seinen Auftrag mehr als erfüllt haben. (-/1.2.1979/ks/lo)

+ + +

CSU-Stimmenfang in trüben rechten Tümpeln

Kandidatur des Otto Habsburg rückt die Strauß-Partei ins Zwielflicht

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses

Die CSU hat sich dazu entschlossen, Otto Habsburg auf Platz 3 ihrer Europa-Liste zu setzen. Damit präsentiert diese Partei an führender Stelle einen Mann, der in den letzten Jahren hinreichend bewiesen hat, daß er zur freiheitlich-parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat des Bonner Grundgesetzes oder der Bayerischen Verfassung keine überzeugende Beziehung hat.

Man kann nur mit großer Sorge registrieren, wie sich hier die CSU aus Gründen des opportunistischen Stimmenfischens bis in die trübsten rechten Tümpel mit einem Manne offiziell solidarisiert, der unseren grundgesetzlich verfaßten Staat als schlappen Schönwetter-Staat verhöhnt.

Die CSU wird sich die Frage gefallen lassen müssen, ob sie sich mit Habsburg künftig für den "Rechtsstaat auf Abruf" ausspricht. Denn wenn es ernst wird, soll bekanntlich nach Habsburgs Diktatur-Konzept eine recht- und gesetzlose Ein-Mann-Diktatur auf Zeit mit Schnelljustiz und Todesstrafe eingeführt werden. Haben die verantwortlichen CSU-Politiker schon einmal darüber nachgedacht, daß diese "Habsburg-Diktatur" zunächst nicht etwaige anonyme terroristische Erpresser, sondern nur das Volk treffen und um Recht und Freiheit bringen würde? Sieht so einmal das laut Strauß im "Bayernkurier" von der CSU erstrebte "Europa der Freiheit nach Innen und nach außen, der Freiheit seiner Bürger und der Freiheit seiner Staaten" aus?

Es ist ein Skandal ersten Ranges und ein Alarmzeichen für alle Demokraten, wenn nach den furchtbaren Erfahrungen mit der Hitler-Diktatur, aber auch den Lehren kommunistischer Diktaturen bis hin zu dem jüngst gestürzten Regime in Kambodscha eine große Partei wie die CSU einen "Prediger der Diktatur" als Spitzenkandidaten für ein Parlament zu präsentieren wagt.

Wer die Frage der Grund- und Menschenrechte letztlich zu einer Angelegenheit der politischen Wetterverhältnisse macht und sich die Option für die Diktatur mit Habsburg offenhält, wird gerade in diesen Tagen der Diskussion um den Film "Holocaust" viele zusätzliche Fragen, insbesondere der jungen Generation, zu beantworten haben.

Im Übrigen muß sich die CSU fragen lassen, wie sie es miteinander vereinbaren will, einerseits Otto Habsburg mit seinen verfassungswidrigen Diktaturthesen großzügig zu protegieren und andererseits mit geradezu kleinlicher Akribie allenthalben links von der CSU nach "Verfassungsfeinden" zu fahnden. Die CSU befindet sich hier exakt in der biblischen Rolle desjenigen, der nach Splintern im Auge der anderen sucht und dabei ist, den Balken im eigenen Auge zu übersehen.

Die CSU würde sich übrigens der Geschichtsklitterung schuldig machen, wenn sie der Propagandaparole Habsburgs auf den Leim geht, wonach er die Tradition des Grafen Coudenhove-Kalergi als PEU-Präsident fortsetze. Während der Graf für eine friedliche Entspannungspolitik in Europa eintrat, propagiert Habsburg den Kalten Krieg und ein "Großeuropa vom Atlantik bis zum Ural"!

Schließlich muß die CSU zur Kenntnis nehmen, daß Otto Habsburg sich nicht gescheut hat, das Leiden und Sterben katholischer Bischöfe und Christen in der Diktatur Idi Amins (Uganda) und in anderen afrikanischen Staaten zum Gegenstand scheinbar ironisch-spöttischer Betrachtungen zu machen. In einem offenen Brief hat im August 1977 der aus Rhodesien ausgewiesene Bischof Lamont die Aktivitäten Habsburgs in Afrika als Dolchstoß gegen die dort gequälten und unterdrückten Christen scharf gebrandmarkt.

Die CSU läßt nicht nur sich, sondern auch unserer jungen Demokratie mit Otto Habsburg eine überflüssige und böse Hypothek nach innen und nach außen auf. Um diese Verantwortung wird sich die CSU nicht herumdrücken können. (-/1.2.1979/bgy/10)

+ + +

Reform der Landwirtschaftsbesteuerung wird dringlich

Problem wahrscheinlich nicht ohne Mehrbelastung für die Bauern lösbar

Von Hansmartin Simpfendorfer MdB

Bei einer kritischen Beurteilung der Agrarpolitik im Spiegel des Agraretats 1979 beginne ich am besten mit einem Rückblick:

Das abgelaufene Haushaltsjahr 1978 war für die Verbraucher von Nahrungsmitteln ein ausnehmend gutes Jahr, das beste seit 1968. Der Preisindex für Nahrungsmittel ist lediglich um ein Prozent gestiegen. Auf der Basis des Jahres 1970 beträgt der Preisindex für Nahrungsmittel 145, der für die Lebenshaltung allgemein 150. Seit 1970 sind die Lebensmittelpreise ein Stabilitätsfaktor.

Ich halte dies für einen großen Erfolg der sozialliberalen Ernährungspolitik.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 1977/78 (Ende Juni 1978) war aber auch für die Erzeuger von Nahrungsmitteln ein gutes Jahr.

Die Einkommen der Vollerwerbsbetriebe sind im Bundesdurchschnitt um ca. neun Prozent gestiegen nach einem Rückgang von ca. 13 Prozent im Dürrejahr 1976/77. In einer mittelfristigen Betrachtung haben die Landwirte an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilgenommen. Angesichts der niedrigen Schweine-, Ferkel- und Eierpreise kämpfen allerdings zur Zeit viele Betriebe mit unzureichenden Betriebserlösen, und eine Besserung ist erst gegen Ende des Jahres zu erwarten.

Angesichts der positiven Entwicklung für Verbraucher und Erzeuger sind die Forderungen nach hohen zusätzlichen Bundesausgaben, wie sie der Deutsche Bauernverband vertritt, nicht begründet. Sie werden auch von keiner Seite des Hauses aufgegriffen. Ich halte dies für ein nachahmungswertes Beispiel von Disziplin auf Seiten der CDU/CSU-Agrarpolitiker. Angesichts der hohen Neuverschuldung waren die zusätzlichen Ausgabenwünsche des Bauernverbandes auch nicht finanzierbar. Herr von Heereman sollte sich am Wort des Bundeskanzlers orientieren: "Die Inflation der Ansprüche ist eine Gefahr."

Die Zuwachsrate des Agraretats 1979 mit nur 2,3 Prozent ist unterdurchschnittlich. Die Summe von 6.323 Millionen DM ist stattlich. Alle notwendigen Aufgaben können damit geleistet werden. In der Anlage E, wo die Marktordnungsausgaben nachgewiesen werden, sind 5.823 Millionen DM veranschlagt, das ist eine Zuwachsrate von 46,8 Prozent.

Wenn auch nicht der gesamte Betrag bei der deutschen Landwirtschaft einkommenswirksam wird, bestimmt er doch die Einkommen entscheidend mit. Die Sozialpolitik hat einen Anteil von 3.304 Millionen DM (52,2 Prozent). Für die Versorgung der jüngeren Witwen (unter 60) ist noch nichts enthalten. Es gibt noch kein Gesetz, aber immerhin eine Kabinettsvorlage. Der Entwurf ist im Grundansatz vernünftig, nämlich in einem differenzierten Leistungsangebot für Witwen, die ihren Betrieb weiterführen, und solchen, die ihn aufgeben. Haushaltsmittel werden deshalb erstmals 1980 gebraucht werden.

Die Strukturpolitik hat einen Anteil von 1.873 Millionen DM (29,6 Prozent). Die

mittel der Gemeinschaftsaufgabe werden um 45 Millionen DM verstärkt.

Hier sehe ich zwei Probleme: In Übereinstimmung mit dem Ernährungsausschuß bin ich der Auffassung, daß die forstliche Jungbestandspflege in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen werden sollte, denn gesunde Wälder sind als heimische Rohstofflieferanten ein unschätzbare Wert. Außerdem sollten in der Zukunft die Zuwachsraten der Gemeinschaftsaufgabe durchschnittlich mitwachsen, weil ein Anschlußprogramm an das so erfolgreiche Dorferneuerungsprogramm im Rahmen des ZIP finanziert werden sollte.

Das Sofortprogramm zur Anpassung der Kapazitäten in der Fischerei wird mit knapp 32 Millionen DM weitergeführt. Die Hilfen bewähren sich, ihre Gewährung sollte entbürokratisiert werden.

Die Vorarbeiten für die Reform der Landwirtschaftsbesteuerung sollte beschleunigt fortgeführt werden, damit nicht das Bundesverfassungsgericht die Chance bekommt, uns einen verfassungswidrigen Zustand zu bescheinigen. Ich glaube nicht, daß sich das Problem ohne Mehrbelastung für die Landwirtschaft lösen läßt.

Der wirklich spannende Teil der Agrarfinanzpolitik findet jedoch nicht in Bonn statt. Ich meine die Milchpolitik und noch mehr die Währungspolitik. Im Zusammenhang mit den Überschüssen auf dem Milchmarkt und den enormen Kosten ihrer Beseitigung habe ich die zynische Hoffnung, daß spätestens anfangs der 80er Jahre eine grundlegende Reform stattfindet, und zwar einfach deshalb, weil der Finanzierungsmechanismus der EG ausgeschöpft sein wird und nichts mehr läuft. Dabei besteht die Gefahr, daß die Einkommenssicherung der Milcherzeuger, die keine Alternative haben, den Bach hinuntergeht. Deshalb wäre es höchste Zeit, daß vorher eine wirksame Begrenzung der Produktion und der Ausgaben stattfindet.

Für die Diskussion um den Abbau des Währungsausgleichs im Zusammenhang mit der Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) gilt, was Bundeskanzler Schmidt und Ernährungsminister Ertl zugesagt haben: Eine Einkommensenkung für die deutschen Bauern darf es nicht geben.

(-/1.2.1979/ks/lo)

+ + +